

„Vorwurf, Deutschland tue zu wenig, ist so falsch wie erklärbar“

Stand: 07:27 Uhr | Lesedauer: 10 Minuten

Von **Ulf Poschardt, Dagmar Rosenfeld, Jacques Schuster**



Wirtschaftsminister Robert Habeck

Für Wirtschaftsminister Habeck (Grüne) steht trotz heftiger Kritik fest: Deutschland stellt sich seiner „Bringschuld“ gegenüber der Ukraine. Er spricht darüber, ob er mit einer Rezession infolge des Kriegs rechnet. Gegenüber dem Regime in China kündigt er eine deutlich härtere Gangart an.

WELT AM SONNTAG: Kürzlich veröffentlichte der „Stern“-Ableger „View“ (https://www.bic-media.com/dmrs/cover.do?isbn=00068204_05_2022&width=614) seinen Titel „Robert Habeck – Der wahre Kanzler“. Was löst so eine Optik bei Ihnen aus?

Robert Habeck: Gar nichts. Das ist alles Quatsch. Wir haben einen guten Kanzler, und das ist Olaf Scholz. Wir arbeiten sehr gut in der Regierung zusammen. Und ich arbeite mit hoher Konzentration an den Aufgaben in meinem Ressort.

WELT AM SONNTAG: Sie haben sich schon im vergangenen Jahr bei Ihrem Ukraine-Besuch (</politik/deutschland/article231370099/Gruene-Habeck-verteidigt-Ukraine-Vorstoss-Bundesregierung-blockt-ab.html>), weit bevor Putin das Land überfallen hat, für Defensivwaffen-Lieferungen ausgesprochen. Nun tötet und wütet die russische Armee seit

drei Monaten in der Ukraine, die Waffenlieferungen aus Deutschland aber stehen noch immer aus. Warum?

Habeck: Während wir reden, werden gerade ukrainische Soldaten an der Panzerhaubitze 2000 (</politik/deutschland/article238522185/Waffenlieferungen-Bundesregierung-will-Panzerhaubitzen-2000-an-die-Ukraine-liefern.html>) ausgebildet. Das ist eine der modernsten Artillerie-Waffen. Dazu braucht es eine Ausbildung. Inzwischen sagt die Ukraine selbst, ihre Soldaten brauchten dafür die volle Ausbildungszeit.

In Kürze wird Deutschland diese Waffen dann in die Ukraine liefern. Es ist also keineswegs so, dass Deutschland nichts oder **zu wenig** liefert. Richtig ist, dass Berlin nicht alle Wünsche der Ukraine erfüllen kann. Daraus entsteht ein gewisses Spannungsverhältnis.

WELT AM SONNTAG: Gibt es in dieser Frage auch ein Spannungsverhältnis in der Koalition?

Habeck: Es ist in Ordnung, dass verschiedene Meinungen zu einem Abwägungsprozess führen, und insgesamt ist eine Menge geschehen. Ich finde, der Vorwurf Deutschland tue **zu wenig**, ist so falsch wie erklärbar: Falsch, weil es nicht stimmt. Und erklärbar, weil wir als größte Volkswirtschaft der EU ein Land sind, von dem man zu Recht viel erwartet, und weil Deutschland in den vergangenen Jahren ein zu unkritisches Verhältnis zur russischen Regierung (</politik/deutschland/article238834287/Gerhard-Schroeder-Nun-wird-es-eng-fuer-Putins-Freund.html>) gepflegt hat.

Es hat trotz der Annexion der Krim Nord Stream 2 gebaut, die Ukraine vor den Kopf gestoßen und die Warnungen unserer osteuropäischen Partner in den Wind geschlagen. Das wirkt nach. Heute stellen wir uns der Bringschuld, in die wir durch die Vergangenheit geraten waren.

WELT AM SONNTAG: Die Grünen setzen klar auf Waffenlieferungen für die Ukraine. In der Verteidigungspolitik setzen sie bei den Verhandlungen um das Sondervermögen hingegen auf einen erweiterten Sicherheitsbegriff. Warum ist es so verwerflich, der geschundenen Bundeswehr die 100 Milliarden Euro in Gänze zu geben?

Habeck: Es ist unstrittig, dass die Bundeswehr jetzt schnellstmöglich einsatzfähig gemacht wird, das ist notwendig und ausdrücklich richtig. Nur definiert sich die

Verteidigungsfähigkeit des Landes nicht allein durch die Zahl der Waffen, sondern auch durch einen Schutz vor digitalen Angriffen auf kritische Infrastruktur.

Klar ist, dass sich alle Investitionen aus diesem Sondervermögen auf die Verteidigungsfähigkeit beziehen. Wir reden also nicht über die Anschaffung technischer Geräte für die Entwicklungszusammenarbeit. In meinen Augen ist diese Debatte um das Geld leicht zu lösen.

WELT AM SONNTAG: Und wie wird die Debatte aussehen?

Habeck: Indem wir miteinander reden.

WELT AM SONNTAG: Und was kommt dabei raus?

Habeck: Eine Einigung.

WELT AM SONNTAG: Und wie wird die Einigung aussehen?

Habeck: Dass die Bundeswehr möglichst viele neue Waffen und eine funktionsfähige Ausrüstung erhält und die Finanzierung notwendiger sicherheitsrelevanter Systeme nicht ausgeschlossen ist.

WELT AM SONNTAG: Neben der Ausrüstung der Bundeswehr sind die neuen Herausforderungen der Globalisierung ein entscheidendes Thema. Der Krieg, die Folgen von Corona, die Inflation, die hohen Energiepreise – all das sind große Probleme. Wie wollen Sie Unternehmer und mittelständische Betriebe in dieser Lage stützen? Dazu müssten Sie sich ja von großen Teilen des grünen Wirtschaftsprogramms trennen.

Habeck: Nö. Ich wache zwar nicht jeden Morgen auf und schaue, was in unserem Parteiprogramm steht – die schweren Tage, die wir alle erleben, sind geleitet von den Entwicklungen der Wirklichkeit, und die müssen ihre Antworten bekommen. Aber ich würde sagen, das wirtschaftspolitische Konzept meiner Partei enthält gerade für diese Zeit das nötige Rüstzeug.

[Wenn Sie sich in Davos umhören \(/wirtschaft/article239006843/Davos-Olaf-Scholz-pocht-bei-Weltwirtschaftsforum-auf-Globalisierung.html\)](/wirtschaft/article239006843/Davos-Olaf-Scholz-pocht-bei-Weltwirtschaftsforum-auf-Globalisierung.html), dann werden Sie keinen einzigen CEO finden, der gegen Nachhaltigkeitskriterien ist. Keinen, der nicht über mehr Resilienz nachdenkt. Keinen, der nicht erkannt hat, dass die Märkte schon in näherer Zukunft klimaneutral sind. Die Unternehmer sind heute alle dafür. Sie fordern allenfalls von der Politik, die Geschwindigkeit der Transformation mitzugehen.

WELT AM SONNTAG: Es gibt bei den Grünen verschiedene Strömungen von Vertretern um Ralf Fücks, der für eine grüne, aber liberale Marktwirtschaft steht bis hin zu dem dominanten etatistischen Zug. Wie löst man diesen Widerspruch? Gegenwärtig wird ja auf alle Probleme einfach überall gekippt. Wer soll das am Ende bezahlen? Und das Zweite: Die Unternehmer sehnen sich nach mehr Spielräumen, weniger Bürokratie. Was können Sie in dieser Richtung tun?

Habeck: Die grüne Partei hat in den letzten Jahren programmatische Weiterentwicklungen vorgenommen und den von Ihnen beschriebenen Widerspruch auf dem Parteitag 2019 gelöst. Ich glaube, diese Weiterentwicklungen haben mich letztlich ins Amt geführt. Wir bekennen uns klar zu marktwirtschaftlichen Prozessen und wollen sie zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft entwickeln: also die Kräfte des Marktes nutzen und in die Richtung von Klimaschutz und Gerechtigkeit lenken. Märkte sind entscheidende Instrumente und sie sollen bestimmten gesellschaftlichen Zielen dienen. Es braucht einen Staat, der sich ins Zeug legt.

Gerade die Pandemie und der Krieg haben gezeigt: Die alte Welt der Globalisierung kommt so nicht mehr zurück. Wir leben nicht mehr in der Zeit von Milton Friedman, in der der freie Markt herrschte und alles, was ihn einschränkte, als Handelshemmnisse abgelehnt wurde. Es geht darum zu erkennen, was gerade in der Welt passiert. Da hilft die alte Bipolarität „Globalisierung ja oder nein“ nicht weiter.

Also brauchen wir etwas Neues: Wir müssen das Prinzip der offenen Märkte weiterentwickeln, fairen Wettbewerb stärken und eine sozial-ökologische Marktwirtschaft entwickeln, die für die Menschen arbeitet.

WELT AM SONNTAG: Das heißt dann konkret: Wir wollen möglichst nicht mehr mit Diktaturen zusammenarbeiten, ratifizieren aber das Freihandelsabkommen mit Kanada nicht

und lehnen ein ähnliches Abkommen mit den USA wegen der Abneigung gegen Chlorhühner ab?

Habeck: TTIP war weder in Europa noch in den USA mehrheitsfähig. Auch die USA wollen es nicht wiederbeleben. Wir wollen aber natürlich mit den USA eng kooperieren.

Dazu gibt es den neuen transatlantischen Trade and Technology Council. Da findet über gemeinsame wirtschaftspolitische Anliegen – etwa sichere Lieferketten, die Entwicklung neuer globaler Normen – ein Austausch zwischen den USA und der EU statt. Dazu gehört auch der schrittweise Abbau von Handelshemmnissen, etwa bei umweltfreundlichen Waren.

WELT AM SONNTAG: Und Ceta und die Kanadier?

Habeck: Ceta wird ja seit fast vier Jahren schon vorläufig angewendet

(</wirtschaft/article168887770/Wie-Ceta-unser-Leben-veraendern-wird.html>) – es gibt für 98 Prozent aller Waren, die zwischen der EU und Kanada gehandelt werden, keine Zölle mehr. Nicht angewendet werden die Mechanismen zur Streitbeilegung. Das Problem beim Investitionsschutz sind die Schutzstandards: Wenn ein Staat zum Beispiel den Kohleausstieg beschließt, könnten Unternehmen auf Schadensersatz klagen.

Eine Regelung, die die Entscheidung eines demokratischen Souveräns für Klimaschutz verhindert, ist aber nicht akzeptabel. Investitionsschutzabkommen müssen sich auf den Schutz vor direkter Enteignung und Diskriminierung konzentrieren, damit es da keinen Missbrauch gibt. Dieses Problem sehen nicht nur wir; insgesamt haben zwölf EU-Staaten Ceta noch nicht ratifiziert. Insofern müssen diese Punkte angegangen werden.

WELT AM SONNTAG: Heißt das: Sie werden mit Kanada erneut verhandeln?

Habeck: Ich rede ständig mit den Kanadiern über alle relevanten Fragen von Energiesicherheit, Klimaschutz und Handel. Und mit der EU. Sie ist ja die Instanz, die diese Handelsverträge schließt. Die EU-Kommission erarbeitet gerade ihre Grundsätze zum Handel. Da bringen wir unsere Vorstellungen ein. Nämlich: Wir brauchen Partnerschaften und fairen Handel.

Aber fair heißt, dass Nachhaltigkeitsstandards kein netter Zusatz sind, sondern die Essenz. Dass Produkte nicht preiswerter und damit wettbewerbsfähiger sein dürfen, weil sie auf Kinderarbeit beruhen oder weil Regeln zum Klimaschutz missachtet werden. Starker Handel braucht starke Standards.

WELT AM SONNTAG: Die Auseinandersetzung mit Russland, aber auch die permanenten Menschenrechtsverletzungen der Chinesen erzwingen eine Neudefinition der Handelsbeziehungen zu China. Wie wird sie künftig aussehen?

Habeck: China ist ein großer Handelspartner, aber wir stehen im Systemwettbewerb – da ein autokratisches Regime, hier liberale Demokratien. Deshalb arbeiten wir daran, unsere Abhängigkeiten zu verringern, die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und unsere Sicherheitsinteressen stärker zu wahren.

Das schlägt sich in konkreten Entscheidungen nieder. Wenn es angezeigt ist, untersagen wir chinesische Investitionsvorhaben. Menschenrechte bekommen ein stärkeres Gewicht.

WELT AM SONNTAG: Was heißt das konkret?

Habeck: Ein Beispiel: Ein Unternehmen, das auch in der Provinz der Uiguren (</politik/ausland/article238949255/China-Nach-Vorwuerfen-der-Internierung-verteidigt-Xi-Jinping-Lage-der-Menschenrechte.html>) tätig ist, wollte Investitionsgarantien verlängern. Dem geben wir nicht statt. Es ist das erste Mal, dass aus Gründen der Menschenrechte Investitionsgarantien nicht zustande kommen.

WELT AM SONNTAG: Das trifft wohl vor allem VW in Xinjiang. Heißt das also, dass deutsche Unternehmen, die künftig in Xinjiang investieren wollen, künftig keine Bürgschaften aus Ihrem Ministerium mehr bekommen?

Habeck: Natürlich werden Anträge auf Garantien weiter im Einzelfall entschieden. Aber die Leitlinie, die mein Ministerium schon zum Ende letzten der Legislaturperiode entwickelt hat, ist: Wir können angesichts von Zwangsarbeit und Misshandlung der Uiguren keine Projekte in der Region Xinjiang absichern. Diese Leitlinie wenden wir an.

WELT AM SONNTAG: Nachdem was jetzt aus China im Umgang mit den Uiguren herauskam – sollte man einzelne chinesische Funktionäre, die sich schuldig gemacht haben, ähnlich unter Sanktionen stellen wie wir es mit einigen Russen getan haben? Könnte man sagen: Die Maßstäbe, die für unsere Handelspolitik mit Russland gelten, sollten auch im Umgang mit China gültig sein?

Habeck: Es gibt schon seit über einem Jahr wegen schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen in der Region Xinjiang EU-Sanktionen gegen Funktionäre. Wenn es möglich ist, weitere Verantwortliche zu identifizieren und man ihnen ihre Taten nachweisen kann, halte ich das für erwägenswert.

WELT AM SONNTAG: Wir würden gern noch einmal zurückkommen auf das Unternehmertum als solches. Wie stärken Sie in Deutschland das Umfeld, damit sich die Unternehmer hier wohlfühlen?

Habeck: Auf der Haben-Seite steht: die hohe funktionierende Staatlichkeit, die Rechtsstaatlichkeit, die Investitionssicherheit, die gute Ausbildung der Arbeitnehmer, die politische und soziale Stabilität des Landes. Wir sind ein großer Absatz- und Investitionsmarkt.

Wir haben auch Probleme zu lösen: die hohen Energiepreise, die fehlenden Fachkräfte – das ist eines der größten Probleme –, schließlich die Langsamkeit bei Planungs- und Genehmigungsverfahren. An allen drei Problemen arbeiten wir.

WELT AM SONNTAG: Müsste man nicht endlich das Renteneintrittsalter anheben?

Habeck: Es sollte eine Flexibilisierung des Renteneintrittsalters geben. Wer freiwillig länger arbeiten will, der sollte dies tun dürfen. Es darf aber keinen Zwang geben. Wer will und noch die Kraft hat, der sollte weitermachen dürfen.

WELT AM SONNTAG: Zahlreiche Fachkräfte aus dem Ausland kommen nicht nach Deutschland, weil sie die hohen Steuern fürchten. Müssten wir nicht endlich auch die Steuern reduzieren?

Habeck: Wer das will, muss sagen, wie man gleichzeitig Steuern senkt, den Sozialstaat erhält, nötige Investitionen tätigt und die Schuldenbremse wahrt

(</wirtschaft/article238940509/Christian-Lindner-warnt-vor-Sucht-nach-immer-mehr-Verschuldung.html>) – oder was man davon aufgibt. Man sollte nicht vergessen: Steuereinnahmen halten das Land am Laufen. Infrastruktur, Schulen, funktionierende Institutionen – alles Standortfaktoren.

WELT AM SONNTAG: Warum traut sich die Ampel-Koalition nicht, endlich den Mittelstand steuerlich zu entlasten?

Habeck: Die Antwort ist trivial: Es ist teuer. Wenn man nicht den Spitzensteuersatz erhöht, gibt es für Entlastungen darunter wenig Spielraum.

WELT AM SONNTAG: Rechnen Sie – auch durch die erhöhten Gaspreise – mit einer Rezession?

Habeck: Das hängt von vielen Faktoren ab, sie ist nicht komplett auszuschließen. Aufgrund unserer wirtschaftlichen Stärke wären wir in der Lage, die Folgen zu mildern. Andere Länder haben die mitunter nicht. Wenn diese Länder ausfallen und in die Rezession rutschen, dann drohen Domino-Effekte. Also: Eine gewisse Sorge gibt es.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/239025149>